DEMOCRACY IN MOTION

Politische Beteiligung und rassistische Erfahrungen von Menschen mit Migrations- und Fluchtgeschichte in Wien

2025

Autorinnen:
Ümmü Türe, MA
Mag. Kathrin Braun

Die Studie ist gefördert
aus den Mitteln
der Stadt Wien Kultur

Stadt Wien | Kultur

Freunde
FremdewerdenFreunde.at

Wir möchten uns bei Nursel Kaya und Mohammad Yaseen für die Unterstützung bei der Rekrutierung der Teilnehmer:innen bedanken.

DEMOCRACY IN MOTION

Politische Beteiligung und rassistische Erfahrungen von Menschen mit Migrations- und Fluchtgeschichte in Wien

Autorinnen:

Ümmü Türe, MA (Fremde werden Freunde)

Mag. Kathrin Braun (Fremde werden Freunde)

Fremde werden Freunde

gemeinnütziger Verein

Garnisongasse 11, 1090 Wien

hallo@fremdewerdenfreunde.at

Geschäftsführung: Mag. Ina Pervan-Al Soqauer & Mag. Kathrin Limpel

ZVR: 919577710

www.fremdewerdenfreunde.at

Stadt Wien Kultur Die Durchführung dieses Forschungsprojekts wurde durch eine Förderung der Stadt Wien Kultur ermöglicht.

Executive Summary

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung 5
2. Forschungsgegenstand 6
    a. Forschungsfrage 6
3. Methodik 7
        3.1. Partizipative Forschung 7
        3.2. Qualitative Erhebung 7
4. Ergebnisse 10
    a. Zugehörigkeit 10
    b. Politische Partizipation und Teilhabe 11
    c. Herausforderungen beim politischen Engagement 13
    d. Intersektionale Perspektiven 16
    e. Auswirkungen von Diskriminierung auf die politische Teilhabe 18
5. Conclusio 21
6. Handlungsempfehlungen 22
7. Quellen 24

Wien, Dezember 2025

Inhalt

Das Projekt Democracy in Motion baut auf den Ergebnissen der Forschungen von Fremde werden Freunde der letzten Jahre auf und geht der Frage nach, wie sich Rassismus und Diskriminierung auf politisches Verhalten und Beteiligung auswirken. Die Studie erhebt durch qualitative Interviews Daten zu Erfahrungen von Menschen mit Flucht- und Migrationsgeschichte in Wien und zieht Erkenntnisse daraus. Die Daten zeigen, dass Themen wie Zugehörigkeit, Identität und strukturelle Barrieren wie das Nicht-Vorhandensein der Staatsbürgerschaft eine wichtige Rolle beim politischen Engagement spielen. Öffentliche Diskurse über Flucht- und Migration, die negativ behaftet sind, haben einen erheblichen Einfluss auf das Zugehörigkeitsgefühl von Personen, die zugewandert sind und bei vielen ein Gefühl des Nicht-Dazugehörens oder der Entfremdung verursachen. Die Befragten geben an, dass sie sich eher verantwortlich fühlen, wenn sie sich als ein Teil der Gesellschaft sehen und sich viel mehr engagieren, wenn sie dadurch Selbstwirksamkeit erleben. Weitere Faktoren wie Diskriminierung im Alltag aufgrund von Sprache oder des Geschlechts stellen intersektionale Barrieren dar, die nicht nur politische Partizipation erschweren, sondern auch alltägliche Formen der Partizipation nachhaltig beeinträchtigen.

Das Forschungsprojekt leistet einen wesentlichen Beitrag zu dem Thema, da es bis jetzt im österreichischen Kontext wenig Daten dazu erhoben worden sind. Ein charakteristisches Merkmal dieser und den Erhebungen davor, ist die partizipative Einbindung der Zielgruppe selbst, die maßgeblich für den Erfolg des Projekts verantwortlich ist. In dieser Studie wird nicht über die Zielgruppe geforscht, sondern sie wird aktiv in die Forschungsprozesse eingebunden, um ihre Perspektiven sichtbar zu machen, um möglichst realitätsnahe Erkenntnisse zu ermöglichen.

Executive Summary

The Democracy in Motion project builds on the findings of research conducted by Fremde werden Freunde in recent years and explores how racism and discrimination affect political behavior and participation. Using qualitative interviews, the study collects data on the experiences of people with refugee and migration backgrounds in Vienna and derives key insights from these narratives. The findings show that issues such as belonging, identity, and structural barriers—most notably the lack of citizenship—play a significant role in shaping political engagement. Public discourses on flight and

migration that are negatively framed have a considerable impact on migrants' sense of belonging and often lead to feelings of non-belonging or alienation. Participants report that they are more likely to feel responsible and politically engaged when they perceive themselves as part of society and experience a sense of self-efficacy. Additional factors, such as everyday discrimination based on language or gender, constitute intersectional barriers that not only hinder political participation but also sustainably affect everyday forms of participation.

This research project makes a significant contribution to the field, as there has been limited data collected on this topic in the Austrian context to date. A defining characteristic of this study, as well as previous research initiatives, is the participatory involvement of the target group itself, which has been crucial to the project's success. Rather than conducting research about the target group, the study actively involves them in the research process in order to make their perspectives visible and to generate findings that are as grounded in lived realities as possible.

1. Einleitung

Die Inklusion einer möglichst breiten Bevölkerung in alle gesellschaftlichen Subsysteme ist Kernaufgabe demokratischer Bestrebungen. Politische Partizipation ist der Grundpfeiler eines demokratischen Systems, in dem Menschen die Möglichkeit haben, Politik aktiv mitzugestalten. Aktive Teilhabe und Engagement auf politischer Ebene kann auch ein exklusives Unterfangen sein, wenn manche Menschen systematisch ausgeschlossen werden. In den letzten Jahrzehnten veränderte sich Wien stark und wurde aufgrund von gestiegener Migration immer heterogener. Eine gesellschaftliche Einbindung dieser Menschen, vor allem jener mit Fluchtgeschichte, wurde jedoch in den letzten Jahren oft vernachlässigt und politisch nicht priorisiert. Politische Partizipation beginnt dort, wo Menschen auch rechtlich die Möglichkeit haben, mitzubestimmen. Jedoch macht sich die demokratische Ausgrenzung in Wien in absoluten Zahlen deutlich: 18,9 Prozent der Wiener:innen haben die Staatsbürgerschaft eines Drittstaates und sind somit von Wahlen auf Bundes-, Landes- und Bezirksebene ausgeschlossen (Stadt Wien, 2023). Hinzu kommen noch Menschen mit österreichischem Pass, die aufgrund ihrer Migrations- und Fluchtgeschichte Benachteiligung und Ausgrenzung erleben und sich ungünstig auf ihr politisches Engagement auswirken können. Wie sich Rassismus und Diskriminierung auf politisches Verhalten und Beteiligung auswirken ist nicht abschließend erforscht. Unsere Forschungen in den letzten Jahren zeigen, dass diskriminierende Erfahrungen einschüchternd auf die Betroffenen wirken können (vgl. Braun et. al, 2021). Auch das Forschungsprojekt „Inclusive Districts of Democracy“ (vgl. Braun & Spöri, 2024) erhob Daten mit den Variablen zu rassistischen und diskriminierenden Erfahrungen sowie dessen Ursachen.

Im Fokus des Forschungsprojekts standen in Wien lebende Menschen mit Fluchtgeschichte, die nach Österreich kamen, über 18 Jahre alt sind und in Wien leben. Daraus ergibt sich folgende übergeordnete Forschungsfrage:

Welche Auswirkungen haben rassistische und diskriminierende Erfahrungen auf das politische Partizipationsverhalten von Menschen mit Fluchtgeschichte in Wien.

In dem nächsten Kapitel wird auf den aktuellen Stand der Forschung eingegangen, die Forschungsfrage mit Unterfragen näher beleuchtet und die Methodik erklärt. Das Kapitel qualitative Erhebung skizziert die Forschung im Detail und die Vorgehensweise bei der Rekrutierung von Studienteilnehmer:innen. Die Auswertung der Ergebnisse wird im 4. Kapitel näher beschrieben, gefolgt von Handlungsempfehlungen.

2. Forschungsgegenstand

Internationale Studien aus den USA und Großbritannien zeigen, dass Diskriminierung und Rassismus Auswirkungen auf die politische Teilhabe von marginalisierten und migrantischen Gemeinschaften haben. Sie zeigen, dass Identität und politische Beteiligung eng miteinander verbunden sind und dass sie die Beziehung zu (politischen) Institutionen prägen (Dawson, 2000; Moodod, 2010). Im deutschsprachigen Raum bedarf es deutlich mehr Forschungen zur politischen Teilhabe und ihren mehrdimensionalen Kontexten, insbesondere um die politische Partizipation von Menschen mit Flucht- und Migrationsbiografie näher zu beleuchten. Vereinzelte Studien wie zum Beispiel die Studie der "Jung und vielfältig, aber noch nicht politisch beteiligt?" vom Bundeszuwanderungs- und Integrationsrat in Deutschland, halten fest, dass politische Partizipation von jungen migrantischen Menschen geringer ausfällt, im Vergleich zu der Gruppe von jungen Menschen ohne Zuwanderunsgeschichte (Storz, Nora& Mayr, Lotta 2025) Fremde werden Freunde hat in den letzten Jahren intensiv zu diesen Themen gearbeitet und bereits drei Berichte zu den Bereichen Demokratie und politische Inklusion veröffentlicht, einer davon gemeinsam mit der Universität Wien. Das Ziel der aktuellen Studie ist es, erste Impulse im österreichischen Kontext zu setzen und zu beleuchten, wie sich Diskriminierung und Rassismus auf die politische Teilhabe von Menschen mit Fluchtbiografie auswirken.

2.1. Forschungsfrage

Bezugnehmend auf die Berichte der letzten Jahre zu den Themen Demokratie und politische Inklusion und die daraus gewonnenen Erkenntnissen lässt sich folgende Forschungsfrage ableiten: *„Welche Auswirkungen haben rassistische und diskriminierende Erfahrungen auf das politische Partizipationsverhalten von Menschen mit Fluchtgeschichte in Wien".*

Die leitende Forschungsfrage wurde begleitet von weiteren Unterfragen:

Wie erleben Menschen mit Fluchtgeschichte rassistische im Alltag und im politischen Kontext?

Wie beeinflussen diese Ausgrenzungserfahrungen die politische Teilhabe?

Wie wirken sich rassistische und diskriminierende Erfahrungen auf das Gefühl von Zugehörigkeit aus?

3. Methodik

3.1. Partizipative Forschung

Fremde werden Freunde legt großen Fokus auf die aktive Einbindung der Zielgruppe in den Forschungsprozess. Partizipative und Inklusive Forschung stellt eine per Definition sehr demokratische Forschungsherangehensweise dar. Indem versucht wird, Forschungsobjekte selbst zu forschenden Subjekten zu machen und ihre Perspektiven und Expertisen in den Mittelpunkt der Forschung zu stellen, können Leerstellen sichtbar gemacht werden (vgl. Von Unger, 2014.) Nicht nur die Anerkennung des Erlebten als Expertise, sondern die aktive Mitgestaltung der Forschungsschritte stellt eine enorme Bereicherung dar. So werden etwa die Fokusgruppen von Menschen mit Fluchtgeschichte ko-moderiert und auch die Diskussionsrunde findet in einem diversen Setting statt.

Das Ziel dieser Studie ist es zu untersuchen, wie sich Ausgrenzung und Diskriminierung auf die Teilhabe von Menschen mit Flucht- und Migrationsbiografie auswirken. Diese Untersuchung versteht sich als eine explorative Studie und erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit und versucht mit vorhandenen Methoden möglichst vielseitige Perspektiven zu beleuchten. Aufbauend auf die quantitative Forschung der letzten Jahre ermöglicht der qualitativer Forschungsansatz eine offene Herangehensweise, um verschiedene Perspektive sichtbar zu machen und individuelle Erfahrungen besser zu erfassen. Hierfür wurden halbstandardisierte Interviewleitfäden entwickelt, die für Folgefragen ausreichend Flexibilität ermöglichten. Insgesamt wurden zwei Fokusgruppen mit acht Personen durchgeführt und fünf Expert:inneninterviews mit Politiker:innen und Jugendarbeiter:innen, die in dem nächsten Kapitel Zielgruppe näher beschrieben werden.

3.2. Qualitative Erhebung

Für die Erhebung wurden zunächst zwei Zielgruppen definiert: Die erste Zielgruppe für die Fokusgruppen und die zweite Zielgruppe für die Einzelinterviews. Für erstere wurden Erfahrungsträger:innen und Community-Mitglieder definiert und für die zweite Zielgruppe Personen aus der Politik und Jugendarbeit.

Auf Grundlage der vorhergegangenen quantitativen Studie ‚Inclusive Districts of Democracy' wurden die Leitfäden für die qualitativen Interviews erstellt und im Hinblick auf die aktuelle Forschungsfrage ergänzt. Das Projekt 'Democracy in Motion' ermöglicht mit dem qualitativen Zugang individuelle Sichtweisen, Einstellungen und Bedürfnisse zu erforschen, um soziale Phänomene von innen heraus zu beschreiben. Es fanden zwei Fokusgruppen und fünf Einzelinterviews statt. Die Teilnehmenden der Fokusgruppen leben in Wien und haben Flucht- oder Migrationsbiografie. Einige von ihnen haben

bereits die österreichische Staatsbürgerschaft, manche haben den Status eines Asylberechtigten oder subsidiär Schutzberechtigten. Der Großteil der in den Fokusgruppen befragten Personen lebten vor ihrer Ankunft in Wien in anderen Bundesländern. Die Fokusgruppen wurden kategorisch in zwei Gruppen unterteilt: Die erste Gruppe bestand aus Teilnehmenden aus einem politisch-aktivistischem Kontext und die zweite Gruppe bildete sich aus Teilnehmenden, die aus einem nicht-politischen bzw. nicht-aktivistischen Kontext kommen und alltagsbezogene Perspektiven einbringen. Folgende Länder wurden als Herkunft angegeben: Afghanistan, Syrien, Palästina, Tadschikistan, Ukraine und die Türkei. Keine:r der Studienteilnehmer:innen ist in Wien geboren, zwei Personen sind im Kindesalter nach Österreich gekommen und die meisten von ihnen kamen nach 2015 ins Land. Zwei von ihnen sind in den letzten zwei Jahren geflüchtet. Eine Person flüchtete aus Tadschikistan in die Ukraine und durch den Krieg in der Ukraine, musste sie ein weiteres Mal fliehen. Insgesamt wurden 13 Personen befragt, davon waren drei männlich und zehn zweiblich.

Die Tabelle gibt einen Überblick über die einzelnen Interviewpartner:innen in den Fokusgruppen, die anonym behandelt werden, mit Hauptmerkmalen zu Alter, Geschlecht und Sprache.

Person	Geschlecht	Alter	Sprache
Interviewpartner 1	W	Zw. 24 und 29	Arabisch, Kurdisch
Interviewpartner 2	W	Zw. 24 und 29	Arabisch
Interviewpartner 3	M	Zw. 29 und 35	Dari, Persisch
Interviewpartner 4	W	zw. 24 und 29	Persisch, Russisch
Interviewpartner 5	W	Zw. 36 und 44	Persisch, Russisch
Interviewpartner 6	W	Zw. 36 und 44	Persisch, Russisch
Interviewpartner 7	W	zw. 45 und 55	Persisch, Türkisch, Russisch
Interviewpartner8	W	zw. 56 und 64	Türkisch

Die erste Fokusgruppe mit politisch engagierten Teilnehmer:innen fand auf Deutsch statt und in manchen Fällen wurden auch englische Ausdrücke benutzt. In der zweiten Fokusgruppe wurde die Diskussion auf Deutsch initiiert mit der Möglichkeit zur Übersetzung ins Persische und Türkische. So hatten die Teilnehmerinnen auch die Möglichkeit Antworten auf die Fragen in ihrer Muttersprache zu geben. Die Türkischkenntnisse der Farsi-sprechenden Personen ermöglichten somit eine einfache und niederschwellige Kommunikation für die türkischsprechende Interviewerin. Die Expert:inneninterviews mit Politiker:innen, ehemaligen Politiker:innen und Sozialarbeiter:innen wurden auf Deutsch geführt; eine der befragten Personen verfügt über keine Migrationsbiografie.

Liste: Einzelinterviews

Die Interviewpartner:innen für das Einzelinterview gaben ihre Zustimmung zur namentlichen Nennung in dem Bericht.

Name	**Institution**	**Bereich**
Dr.in Mireille Ngosso	Allgemeinmedizinerin und ehemalige Mitglied des Wiener Gemeinderats und Landtags bei der SPÖ	Politik
Ömer Öztaş	Abgeordneter zum Wiener Landtag und Gemeinderat bei den Grünen	Politik
Jaafar Bambouk	Landtagsabgeordneter Sprecher für EU und Internationales, Asyl und Rechtsextremismus bei den Grünen	Politik
Fabian Reicher	Jugendsozialarbeiter und Berater beim Beratungsstelle Extremismus	NGO
Eşim Karakuyu	Jugendsozialarbeiterin und Beraterin beim Beratungsstelle Extremismus	NGO

4. Ergebnisse

Das Thema Demokratie und politische Partizipation ist eng mit der Identität und der sozialen Praxis im Alltag verbunden und kann nicht getrennt voneinander behandelt werden. Umgekehrt bedeutet Demokratie auch die aktive Einbindung von Bürger:innen, wodurch Demokratie gestaltet und geformt werden kann. In den Gesprächen mit den Interviewpartner:innen zeige sich, dass politische Partizipation und Teilhabe von den Befragten sehr breit verstanden werden; diese werden in den folgenden Kapiteln näher beschrieben.

4.1.Zugehörigkeit

In den Gesprächen über die Ankunft in Österreich und die Wahrnehmung politischer Ansprache durch die Wiener Politik wurden Identität und Zugehörigkeit besonders hervorgehoben. Das Ankommen und das Leben in Wien wurden oft mit persönlichen Geschichten und Erfahrungen geschildert, die größtenteils eher einen Prozess markierten als einen statischen Zustand, der teils als durchwachsen beschrieben wurde. Person A:

> "*Eigentlich bist du nie 100 Prozent, wirst du nie akzeptiert, also niemand akzeptiert dich 100 Prozent."*

Die Erwartungshaltung richtet sich dabei sowohl an die Gesamtgesellschaft als auch an sich selbst, wie Person H. das schildert:

> *"Ich sollte mich zugehörig fühlen, auch wenn es Leute gibt, die einen diskriminieren"*, und beschreibt weiter, *"Ankommen ist nicht nur, dass ich mich nicht diskriminiert fühle, sondern auch, dass auch meine Mitmenschen sich nicht diskriminiert fühlen. Diskriminierung wird [es]*

leider immer geben, es wird irgendwie nie perfekt hier sein; es gibt Zeiten, wo ich mich angekommener fühle als andere."

Zugehörigkeit wird positiv beschrieben, wenn sie sich angenommen fühlen oder nicht als fremde gesehen werden, wenn sie sich als Teil einer Entität wie der Arbeit oder einer Gemeinschaft fühlen. Person Y. schildert das Gefühl von Ankommen mit einer Jobzusage:

"(Ich) [b]in angekommen, als ich begonnen zu arbeiten", und beschreibt weiter *" [in der Arbeit] habe ich das Gefühl, dass sie mich nicht anders behandeln, sondern einfach wie einen Mitarbeiter."*

Die Beschreibung Flüchtling oder Fremde geht mit einer Verortung außerhalb Österreichs einher, ein Mitarbeiter oder eine Mitarbeiterin zu sein zeigt eine lokale Verortung und erzeugt das Gefühl des Ankommens. Das bestätigt auch Person A., in dem sie beschreibt, dass sie sich in Wien angekommen gefühlt hat, nachdem sie vorher in einem anderen Bundesland gelebt hat.

"Das Gefühl von Ankommen war eher als ich nach Wien gekommen bin, und habe meine eigene Community bilden können. [Und] dass ich angekommen bin (emotional) in Österreich, als ich dann angefangen habe zu studieren."

Ähnliche Ergebnisse lieferte auch die Studie der Inclusive Districts of Democracy von Fremde werden Freunde aus dem Jahr 2024. So geht aus den Daten der quantitativen Studie hervor, dass die Identifikation mit Wien mit 36% bei Befragten sehr zentral ist, hinter der Identifikation mit Religion mit 37% (vgl. Braun & Spöri, 2024). Das bestätigt auch Person Y., weil sie ihr ganzes Leben lang staatenlos war und die Verbundenheit durch den Pass geprägt ist:

"Ja ich bin jetzt auch Österreicherin, vor allem bei mir war es so, dass ich mein Leben lang staatenlos war, und jetzt zum ersten Mal ein Land anerkannt hat, deswegen sage ich: Ich bin Österreicherin."

Identität und Zugehörigkeit sind Themenbereiche, die sehr emotional behaftet sind und unterschiedliche Auffassungen darüber gibt, wer ein "Österreicher" ist. Die Frage stellt sich auch Person H.:

"Ist jemand ein "Österreicher unter Anführungszeichen, der hier geboren ist, oder bedeutet das, dass jemand auch Österreicher sein kann, der nicht hier geboren ist, aber sich zugehörig fühlt oder mitverantwortlich fühlt?"

Zugehörigkeit und Teil von etwas zu sein, spielt eine große Rolle in der politischen Partizipation, weil sie das Gefühl der Verantwortung und politische Selbstwirksamkeit weckt, dass Menschen dazu motiviert aktiv zu werden und sich zu engagieren (vgl. Storz & Mayr 2025). So fasst Person H. auch die Selbstwirksamkeit, indem sie sich als Teil dieser Stadt sieht.

"Inklusion bedeutet du lebst hier, du gehörst dazu, du stimmst mit dabei, und du bist mitverantwortlich, egal welche Religion du hast, welches Geschlecht, Mann/Frau, alt/jung, wenn du hier lebst, dein Hauptwohnsitz hier ist, dann bist du zugehörig."

4.2. Politische Partizipation und Teilhabe

Auf die Frage, was sie unter politischer Partizipation verstehen, kam bei nahezu allen Befragten die gleiche Antwort: Mitspracherecht, Mitbestimmung und Mitgestaltung. Das Thema Mitspracherecht verdeutlicht auch, dass politische Partizipation mit dem Recht und mit dem Wunsch einhergeht, dass Personen auch mitbestimmen wollen, wie die Stadt gestaltet wird.

"Politische Teilhabe heißt, dass wir Mitspracherecht haben und dass unsere Meinung auch ernst genommen wird." - Mireille Ngosso

"Teilhabe soll so ausschauen, oder zumindest in Österreich als Land, soll es so ausschauen, wie wir uns es vorstellen." - Person A

"[E]s wird alles über mich entschieden, natürlich interessiere ich mich für Politik, ich möchte auch wenn es geht, auch teilhaben." - Person E

"Teilhabe und auch Mitbestimmungsrecht, Sprechmächtigkeit, in Fragen, die alle Menschen anbelangen, wäre das Ideal der Definition." - Eşim Karakuyu

"Politische Beteiligung: Wählen gehen." - Fabian Reicher

"Teilhabe und Mitbestimmung heißt für mich mitzureden und mitzuentscheiden, und das können einige nicht, und das ist schon ein Privileg." - Ömer Öztas

Das Thema politische Teilhabe wurde oft auch im Zusammenhang mit Staatsbürgerschaft und Integrationspraxis beschrieben. Die Zugänge sind unterschiedlich und die befragten Personen gaben viele Beispiele darüber, wie politische Teilhabe im Detail aussehen kann und welche Voraussetzungen wichtig sind, um auch politisch partizipieren zu können. So beschreibt Person H., dass es für politische Partizipation auch Mut braucht.

"Teilhabe ist auch etwas, wo man sich auch trauen müsste. Man müsste sich trauen hinzugehen und zu informieren, was es zum Beispiel (für Angebote) gibt"

Diese Aussage macht deutlich, dass auch politische Partizipation mit Hürden verbunden ist. Für die aktive Mitgestaltung braucht es aktive Einbindung und die Möglichkeit, ein Teil davon zu sein und dass diese Teilhabe ein Recht auf Mitbestimmung ist. Person H. beschreibt das wie folgt:

"Also ich lebe hier, ich hätte auch Verpflichtungen, auch wenn ich woanders lebe. Was mache ich? Was brauche ich, um da gut zu leben? Und dann mache ich das, und dann erwarte ich meine Rechte zu haben."

Politische Partizipation ist wichtig und notwendig, um den Ort, in dem man lebt, aktiv zu gestalten und mitzuentscheiden. Die Herausforderung besteht jedoch darin, wer die Chance und Kapazitäten hat, mitzuentscheiden, wenn sie strukturell gekoppelt an die Staatsbürgerschaft ausgeschlossen sind oder wenn die Beteiligungsmöglichkeiten nicht die Menschen erreicht, weil sie in ihrem Alltag mit vielen anderen Herausforderungen zu kämpfen haben. Eşim Karakuyu erzählt aus der Jugendarbeit:

"Teilhabe, demokratische Partizipation und dem, wo die Kids stehen, und ihren wirklichen Lebensrealitäten geht das komplett auseinander wie eine Schere. Wenn wir Teilhabe erreichen wollen, dann müssen wir an ihren Lebensrealitäten ansetzen."

Zentrales Thema ist jenes der Staatsbürgerschaft. Jaafar Bambouk, aktueller Landtagsabgeordneter bei den Grünen, beschreibt die Staatsbürgerschaft folgendermaßen:

"Ich glaube vielen Menschen geht es so, die quasi zuwandern in diese Gesellschaft, ein hohes politisches Interesse haben, oder haben können, und dann quasi von dieser Hürde, der nicht vorhandenen Staatsbürgerschaft, darunter leiden. Man kann natürlich auch ohne Staatsbürgerschaft politisch interessiert sein und sich von Politik angesprochen fühlen, aber diese Wechselwirkung, diese Resonanz ist deutlich begrenzter, als wenn man die Staatsbürgerschaft hat.

4.3. Herausforderungen beim politischen Engagement

Auf die Frage hin, ob sie sich mit der Politik Wiens beschäftigen und wie sie die Möglichkeiten politischen Engagements in Wien einschätzen, zeigte sich ein breites Meinungsspektrum. Besonders zentral waren die Themen Staatsbürgerschaft, politische Repräsentation und die allgemeine Wählerorientierung. Der Jugendsozialarbeiter Fabian Reicher beschreibt die Staatsbürgerschaft als ein wichtiges Werkzeug, um politisch partizipieren zu können und gibt Einblick in seine Arbeit in der Jugendsozialarbeit:

"Relativ viele Personen, mit denen wir arbeiten, aufgrund des Alters aber auch aufgrund des Nicht-Staatsbürgerschaft-Besitzens werden ausgeschlossen; grundsätzlich von der Teilhabe am politischen Diskurs. Wir schließen quasi in Wien über 50 % der Leute davon aus, in dem Land, in der Stadt mitzubestimmen. Dadurch können sich nicht mit dem Land identifizieren, weil sie nicht mitentscheiden können."

Laut der Studie der Inclusive “Districts of Democracy” würden 70% der Befragten an den Wahlen teilnehmen, wenn sie die Staatsbürgerschaft hätten und 38% finden es “schwer” oder “sehr schwer”, sich in Österreich politisch zu engagieren (vgl. Braun & Spöri, 2024). Die Staatsbürgerschaft zeigt sich als ein wichtiger Faktor, Menschen zum politischen Engagement zu motivieren und es gilt auch im nächsten Schritt hinzuschauen, welche Faktoren das Engagement negativ beeinflussen. Jugendsozialarbeiterin Eşim Karakuyu erzählt von fehlender Niederschwelligkeit bei Angeboten, (junge) Menschen zu erreichen und benennt das als Leerstelle:

> *“Welches Know How habe ich über die Dinge, die verfügbar sein könnten, z.B. im Stadtleben, (...) habe ich das Wissen über die Möglichkeiten der Teilhabe? Haben alle Menschen dasselbe Wissen? Davon auszugehen, dass alle dieselbe Art des Ansprechens brauchen und dass alle auf alle die gleiche Art angesprochen werden, ist fatal, weil wenn nicht jeder am selben Stand abgeholt werden kann. Das ist auch eine große Hürde. Wenn wir Teilhabe haben wollen, wenn wir unterschiedliche Menschen haben wollen, brauchen wir Menschen, die ihre Sprache sprechen, von ihren Lebensrealitäten Bescheid wissen, die wissen, wo man sie findet, die wissen, mit welchen Herausforderungen sie gerade zu kämpfen haben, die Lösungsvorstellungen haben usw.”*

Viele Befragte gaben an, dass sie sich oft nicht angesprochen fühlen und dass sie daher mit den Angeboten, auch wenn sie reichlich vorhanden sein sollten, nicht viel anfangen können. Das kann unterschiedliche Gründe haben: Sprache, fehlende Zeit und Ressourcen, fehlende Kinderbetreuung, an den Inhalten, die nicht greifbar sind für Personen, die geflüchtet oder migriert sind. Der ehemalige Landtagsabgeordnete Ömer Öztaş beschreibt die Wahlen folgendermaßen:

> *“Das Problem, das wir immer sehen, ist: Die Wahlbeteiligung ist sehr gering. Warum ist sie gering? Nicht, weil sich die Leute nicht interessieren, sondern weil sie nicht abgeholt werden. Man darf nicht vergessen, dass das auch historisch bedingt ist – zum Beispiel durch die Gastarbeiter:innengeneration. Die Politik hat es nicht geschafft, diese Communities zu erreichen. Solange Parteien die Menschen nicht erreichen, dürfen sie sich nicht wundern, wenn diese nicht nur sie, sondern die Wahl insgesamt meiden.”*

Auch in der Pilotstudie von Fremde werden Freunde wird aufgezeigt, dass Vorbilder in der Politik für Menschen mit Fluchtgeschichte eine große Rolle spielen (vgl. Braun, 2021). Das bestätigt auch die Studie von 2024, in welcher 44% der Befragten angeben, Menschen mit Fluchtgeschichte seien in Wiens Politik zu wenig vertreten (vgl. Braun & Spöri, 2024) Die RepChance untersuchte fünf europäische Staaten und kommt zu dem Ergebnis, dass politische Repräsentation von Menschen mit Flucht- und Migrationsbiografie in allen fünf untersuchten Ländern gering ausfällt. In den Niederlanden ist der Anteil mit 19% am höchsten ist, gefolgt vom Vereinigten Königreich mit 15%, der

Schweiz mit 14% und Deutschland mit 11%. Österreich liegt mit knapp 7% [1] deutlich im unteren Bereich, ähnlich wie Spanien, das mit 2% den niedrigsten Wert aufweist. Person Y. beschreibt die Parteipolitik folgendermaßen:

> *"Weil ich mich von sehr wenigen Parteien angesprochen fühle. Also da werde ich sagen 10%. (...) Zurzeit habe ich das Gefühl, dass es [Thema Flucht] nirgendwo behandelt wird, dass niemand anspricht oder eine Lösung dafür findet."*

Zu dem Ergebnis kommt auch die Studie Inclusive Districts of Democracy, der zufolge 55% der Befragten der Meinung sind, dass politische Entscheidungen Minderheiten kaum berücksichtigen und 64% der Aussage zustimmen, dass "Menschen wie mich nur sehr selten in politischen Parteien" zu finden sind (vgl. Braun & Spöri, 2024). Auch wenn gesetzlich verankerte Maßnahmen herrschen, die politische Beteiligung von Menschen ermöglichen, signalisieren fehlende Vorbilder eine Botschaft (vgl. Storz & Mayr, 2025). Die Wichtigkeit der Repräsentation in der Politik betont auch Ömer Öztaş:

> *"Nur weil wir "schon" 8% der Gemeinderäte in Wien Migrationsbiografie haben, heißt es nicht, dass es nicht mehr sein sollten."*

Auch das Thema Menschenrechte ist, wenn es um Politik und politische Partizipation geht. Einige der Befragten sind in den zivilgesellschaftlichen Bereichen aktiv und engagieren sich für gesellschaftspolitische Themen und bringen ihr Misstrauen zum Ausdruck, wenn sie sich unrecht behandelt fühlen.

> *"Dann merkt man, also: Wo ist die Grenze für Meinungsfreiheit und für wen ist Meinungsfreiheit? Aber wenn man auf einer Demo ist, wo es gar nicht passt zu der Politik hier, oder keine Ahnung, dann ist es eine andere Strafe." Person A.*
>
> *"Ja Politik ist leider nicht positiv, es wird immer schlechter, ich kann nicht von guter Politik sprechen. Politik ist generell gut, aber in dieser Situation ist es nicht gut, ich finde es kann noch besser werden. Es gibt Menschenrechte, aber ist nicht okay Doppelstandards (zu haben), Menschenrechte sind nicht für alle, Migrantinnen usw." Person E.*
>
> *"Ja, ich denke wir müssen ruhiger werden oder wir können nicht laut etwas sagen, wir sollen nicht über unsere Rechte etwas wissen und wir müssen nur sitzen oder arbeiten, 12 oder 5 Stunden pro Tag, ich weiß nicht, ich denke, wir müssen nur hier etwas oder Schwarzarbeit machen." Person A1*

Auch Person A. beschreibt ihre Erfahrungen zu ihrem Engagement und gibt an, dass sie aufgrund ihrer Herkunft nicht als Expertin gesehen wird.

[1] https://kontrast.at/neue-abgeordnete-nationalrat-parlament/

> *"Von den Weißen, leider, wird man auch als Nicht-Experte gesehen. Also nicht Experte genug. (Weil) du eine geflüchtete Person bist. Aber ich bin nicht professionell genug im Sinne von - werde ich auch auf Augenhöhe begegnet?"*

Obwohl grundsätzlich Interesse an politischem Engagement vorhanden ist, erleben die Befragten dieses Engagement als ambivalent: Sie fühlen sich oft nicht angesprochen, nicht als Teil politischer Prozesse wahrgenommen und ihre Themen finden kaum Berücksichtigung. Dadurch fehlt ihnen das Gefühl, mit ihrer Expertise ernst genommen zu werden, was ihre Motivation, sich stärker zu engagieren, beeinträchtigt. Im nächsten Kapitel wird auf die Auswirkungen der Diskriminierung auf die politische Teilhabe und Partizipation allgemein eingegangen und wie sich das im Alltag der Befragten zeigt.

4.4. Intersektionale Perspektiven

Beim Thema politische Partizipation und Teilhabe kommen unterschiedliche Themen zum Vorschein und die Ergebnisse der Studien in den letzten Jahren zeigten deutlich, dass politische Inklusion, Sprache und Staatsbürgerschaft zentrale Rolle spielen. Zusätzlich fließen weitere Faktoren wie Gender und Klasse in die Beteiligung von Menschen mit Fluchtgeschichte in Wien mit ein. So wurden Themen wie Arbeit und zeitliche Ressourcen hervorgehoben und gleichzeitig betont, dass der Wille da ist, sich mehr zu engagieren, aber aufgrund von gegebenen Umständen sich die politische Partizipation als schwierig gestaltet. Der Jugendsozialarbeiter Fabian Reicher berichtet über die Erfahrungen von Jugendlichen und erläutert:

> *Es ist viel verlangt von Menschen, die gerade angekommen sind, sich politisch zu engagieren, wenn sie zuvor einen krassen Bruch in ihrem Leben erfahren haben. Um es auf die Jugendarbeitsebene zu bringen: Es hat eine Zeit lang gedauert, bis die Leute angekommen sind, die eine Grundsicherheit haben – eine Sicherheit, die immer schwerer zu erhalten ist, wenn ständig von Abschiebung gesprochen wird. Die Grundsicherheit, dass man hierbleiben, eine Zukunft und ein Leben aufbauen kann – bis man das alles versteht, dauert es auch eine gewisse Zeit.*

Der Erwerb einer neuen Sprache wie Deutsch wird als wichtig und notwendig erachtet, um den Alltag bewältigen zu können. Gleichzeitig erschweren fehlende zeitliche Ressourcen aufgrund von Care-Arbeit oder Erwerbstätigkeit das Erlernen der deutschen Sprache. Person D. ist alleinerziehend und muss daher für den ganzen Unterhalt auskommen:

> *"Ich bin seit 6 Jahre später hier, ich arbeite seit vier Jahren. Ich arbeite zwei Schichten, eine Schicht Tag, eine Schicht Nacht. Und ich arbeite, arbeite. Arbeit, immer Arbeit. Ich arbeite zwei Schichten, ich habe keine Zeit für Lernen."*

Deutschkenntnisse wird von einigen Befragten mit einem Gefühl der Sicherheit assoziiert, da der Aufenthaltsstatus in Österreich an die Bestätigung der Sprachkenntnisse gekoppelt ist und das mit großer Sorge einhergeht. So schildert Person C., dass sie Sprachkurs machen muss:

"Ich muss Deutsch lernen, B1, denn Deutsch ist sehr wichtig, denn mein Problem ist Deutsch, weil ich muss A2, oder B1 lernen, weil ich mein Visum tauschen muss. Ich habe eine letzte Chance, weil mein Visum muss ich nach drei Jahren tauschen. Mein Problem ist A2 und B1. Dann ist es fertig."

Eine weitere Sprache wie Englisch zu reden oder weitere Sprachen, um mit Menschen in Österreich zu kommunizieren, um auch soziale Beziehung aufzubauen, zeigt sich in den Fokusgruppen. Mit den Worten von Person A bedeutet, dass Sprache Überleben ist:

"Die Sprache (Englisch), die ich gebraucht habe, um zu überleben."

Neben dem Erwerb der deutschen Sprache, die als Herausforderung gesehen wird, spielen weitere Faktoren wie das Alter oder das Geschlecht eine zentrale Rolle im Umgang im Alltag. Das berichtet auch Person A. über ihre Arbeit und über ihr soziales Engagement in der Zivilgesellschaft:

"Es muss jetzt nicht immer das [Rassismus] sein, es kann auch das Alter sein, weil ich auch in einem sehr jungen Alter angefangen habe, da gibt es auch das Problem, wenn man jung ist.

Person Y. erwähnt weitere Faktoren, die Begegnungen im Alltag für eine geflüchtete Frau erschweren:

"Also einerseits das Alter, zweitens eine Frau zu sein, drittens also People of Colour[2] zu sein, das sind drei Seiten, es ist, ja, schlimm.

Das betrifft auch die Politik, die von vielen Befragten als Männersache gesehen wird. Laut Eurostat[3] sind 33,4 % der Abgeordneten in den nationalen Parlamenten Frauen, wobei Schweden mit 45,5 % den höchsten Frauenanteil verzeichnet. Der Frauenanteil im österreichischen Nationalrat beträgt 36 %[4] und liegt damit EU-weit im oberen Bereich, jedoch weiterhin deutlich unter einer ausgewogenen 50:50-Repräsentation. Das beschreibt auch der ehemalige Landtagsabgeordneter Ömer Öztaş:

"Was ich wahrgenommen habe: Politik ist immer noch eine Männersache, weil viele Männer sich eher bereit fühlen, Politik zu machen, viele Frauen leider nicht. Das hat mehrere Gründe: Care-Arbeit, Teilzeitbeschäftigung etc."

[2] Die Bezeichnung ‚People of Colour' ist eine Selbstbezeichnung von Menschen und ein politischer Begriff, die in einer mehrheitlich *weißen* Gesellschaft als „nicht-weiß" rassifiziert werden.
[3] https://ec.europa.eu/eurostat/web/products-eurostat-news/w/edn-20250307-1?utm
[4] https://www.parlament.gv.at/fachinfos/rlw/Wie-steht-es-um-den-Frauenanteil-in-Parlamenten?utm

Die Jugendsozialarbeiterin Eşim Karakuyu macht den Vergleich mit weißen[5] Frauen, die keine Flucht- und Migrationsbiografie haben und dass Repräsentation allein nicht das Problem löst, wenn die gleichen Systeme reproduziert werden.

> *"Auch auf der politischen Ebene: Weiße Frauen haben andere Privilegien gegenüber nicht-privilegierten, nicht-weißen Frauen; sie haben andere Räume, in die sie gehen können. Irgendwann kommt die Decke – und das ist auch das, was Sexismus macht: Man hat den Sexismus nicht besiegt, wenn man an einer Position ist, in der ein Mann ist, sondern wenn man mit denselben Standards arbeiten kann. Wenn ich als eine nicht-weiße Frau dieselbe Arbeit mache wie ein Mann, mich aber jeden Tag durchkämpfen muss, allein weil ich 100-mal dasselbe sage wie mein männlicher Kollege und es erst dann durchgesetzt wird, dann ist das ebenfalls ein sexistisches Problem."*

Person A1 fügt hinzu, dass sie aufgrund ihres Kopftuchs Schwierigkeiten im Alltag hat:

> *"Als muslimische Frau hier ist es nicht einfach, denn wir haben Kopftuch, und in dem Büro, oder in der Organisation, sind die Menschen manchmal nicht gut (zu uns)."*

Am Ende des Gesprächs sagt die Person A1, dass sie sich darüber freut, dass jemand sich für ihre Situation interessiert:

> *"Ich möchte zuerst danken, dass jemand mit uns sprechen möchte, über unsere Situation wissen möchte. Ich weiß nicht, was danach passiert."*

4.5. Auswirkungen von Diskriminierung auf die politische Teilhabe

In der Studie „Inclusive Districts of Democracy" werden Gründe für eine politische Nichtbeteiligung erhoben. Diskriminierungserfahrung wurden von nur 5% angegeben, gefolgt von mangelnder Information in der Muttersprache mit 11% und die Angst sich politisch zu äußern mit 12%. Jedoch gaben 83 % der Befragten an, dass sie seit ihrer Ankunft in Österreich Diskriminierung ausgesetzt waren (vgl. Braun & Spöri, 2024) Ähnliche Tendenzen zeigen sich auch in den Antworten der Befragten, indem sie die Diskrepanz zwischen dem, was von ihnen erwartet wird, und dem, was sie angesichts ihrer Situation in Österreich tatsächlich leisten können, schildern.

> *"Wenn wir die Grundbedürfnisse erfüllt haben, wenn wir die Grundchancengleichheit nicht herstellen können, und von diesen Jugendlichen erwarten, sie sollen aber Teilhabe haben auf einer abstrusen Form von Definition von Demokratie, während sie sich gerade überlegen, wie sie am Nachmittag ihre Hausaufgaben machen können, weil sie mit ihren Geschwistern das Zimmer teilen, dann gibt es die Diskrepanz, was wir predigen, was wir haben wollen."*

[5] Die Beschreibung *weiß* bezieht sich nicht auf die Hautfarbe im biologischen Sinn, sondern auf eine soziale und politische Kategorie, womit Macht, Norm und Privilegien verbunden ist.

Eşim Karakuyu weist auf die Lebensrealitäten vieler Jugendlichen hin und zeigt auf, dass strukturelle Barrieren ein sehr großes Hindernis darstellen, politisch partizipieren zu können. Die strukturellen Hürden wie die fehlende Staatsbürgerschaft und die Botschaft, die daraus entsteht, kein Teil dieser Gesellschaft zu sein, kann eine gewisse Ambivalenz hervorrufen, wie Jaafar Bambouk das schildert:

> *"Das heißt die Menschen identifizieren sich nicht mehr mit dem, was quasi liberale-bürgerliche Demokratie heißt, und fühlen sich auch von dieser ausgeschlossen, das erzeugt natürlich eine gewisse Ambivalenz gegenüber dieser Demokratie, das heißt wenn ich jahrelang nicht Teil dieser Demokratie sein darf, nicht an ihren Wahlen teilnehmen darf, dann werde ich irgendwann mal auch gegen diese Demokratie sein."*

Einige der Befragten nehmen die Möglichkeiten politischen Engagements in Österreich als eingeschränkt wahr und äußern die Sorge, dadurch potenziell benachteiligt zu werden. In diesem Zusammenhang beschreibt Person A. den „shrinking civic space" als eine zunehmende Einschränkung des bürgerschaftlichen Handlungsspielraums, insbesondere dann, wenn für sie keine geeigneten Räume und Strukturen zugänglich sind.

> *"Wir haben ja dieses Problem auch mit diesen shrinking civic spaces, dass wir immer wieder weniger diese Spaces haben. Wir gehen da in Richtung, weil es ja, natürlich, alles rückt nach rechts."*

Das beschreibt auch Person H., dass er aufgrund seiner muslimischen Identität und seines Engagements Angst hat, diffamiert zu werden und repressive Folgen befürchtet.

> *"Sondern, weil wir Angst haben, von der Politik, die einfach durch Einschüchterungsversuche eben, also Operation Luxor, das hat mich schon sehr eingeschüchtert, ich hatte Angst, bei Operation Luxor, dass man viel vorsichtiger sein muss, wegen Kleinigkeiten. Bei den Demonstrationen für Gaza Menschen einfach verhaftet wurden, diese zwei Dinge haben mich doch irgendwie eingeschüchtert."*

Dazu nahm auch die Grünen-Politikerin Mag. Faika El-Nagashi Stellung und beschrieb, dass diese Razzia innerhalb der muslimischen Community dramatische Spuren hinterlassen und Diffamierungen bleibenden Schaden verursachen hätte.[6] Wie einige Befragte im letzten Kapitel zitiert wurden, wird das Thema Meinungsfreiheit zentral thematisiert und der Frage nachgegangen, warum sie aufgrund ihrer Meinungsäußerung Konsequenzen befürchten müssen, obwohl wir in einem Rechtsstaat leben.

[6] https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20230315_OTS0067/gruene-zum-tag-gegen-islamfeindlichkeit-feindbilder-und-vorurteile-abbauen-und-dialog-mit-muslimischen-communities-suchen

Person Y. gibt ein Beispiel zu Versammlungsfreiheit und Personen Angst davor haben, Strafmandat zu bekommen:

> *"Bei diesen Themen, die versuchen Menschen einzuschüchtern mit solchen Strafen und Bedrohungen. Da denken sich die Leute: Wenn ich eine Strafe bekomme oder wenn ich ins Gefängnis komme, nur weil ich demonstriere? Wie komme ich dann wieder raus von dem? Da will ich nicht 500 Euro Strafe zahlen, nur weil ich meine Meinung sagen will."*

So stellt sich auch die politische Teilhabe und Partizipation als schwierig, wenn Personen, die migriert oder geflüchtet sind und Strukturen und Maßnahmen kritisieren, schnell zurechtgewiesen werden.

> *"Also nicht deine Stimme zu erheben wie 'Wenn es dir nicht passt, dann geh zurück' oder so, und da traut man sich gar nicht. Und, wenn ich mir schon so schwertue, obwohl ich so fließend Deutch spreche, wie schwer tut sich dann jemand, der die Sprache so schwerfällt?"*

Mehrere Befragte berichten von Angst, als Teil einer vermeintlich homogenen Gruppe wahrgenommen zu werden, die unter Generalverdacht steht und pauschal verurteilt wird. Individualität wird somit abgesprochen und betroffene Personen mit der Frage der Schuld konfrontiert. Der ehemalige Landtagsabgeordneter berichtet von seinen Erfahrungen in der Politik:

> *"Von einem Moment auf den anderen wirst du der böse Ausländer, dass man das nicht wegbekommt, sondern wenn du gut genug bist, Stimmen bringst, wenn nicht, dann bist du der böse Ausländer."*

Person Y. beschreibt, dass sie Angst davor hat, Fehler zu machen und somit dem Stereotyp zu entsprechen, dass Geflüchtete oder Ausländer kein Deutsch können. Dieses Phänomen wird auch *Stereotype Threat* (Steele & Aronson, 1995) bezeichnet, bei welchem Betroffene durch ihr Handeln Vorurteile vermuten und Sorge haben, diese Vorurteile zu bestätigen. Dies kann bei geflüchteten und migrantischen Personen zusätzlich psychischen Druck verursachen und sie daran hindern, nicht nur an Aktivitäten zu teilnehmen, sondern sich auch kritisch zu äußern.

> *"[Wenn] ich dann einen Fehler mache und dann bin ich vielleicht in diesem Topf quasi, kann nicht Deutsch, dann können sie (die Geflüchteten), dann haben sie nichts zu sagen. (...) Auch im Studium zum Beispiel oder in der Schule, habe ich zehn Mal im Hinterkopf, dass sie mich anders behandeln, weil ich nicht von da bin oder weil ich fremd bin."*

Diese psychische Belastung erwähnt auch Person A1, indem sie darüber erzählt, dass sich Stress auf ihre Psyche auswirkt.

> *"Ich habe immer etwas Stress oder ich habe immer Angst vor etwas, jetzt und für meine Psyche und für Psyche der Kinder. Ich habe ein Problem mit meinem Schlaf (...) dann nächster Tag ich habe Kopfschmerzen, ja, ich habe hier in Wien, in Österreich viele Probleme, mit meiner Gesundheit auch."*

Eine andere Form der Auswirkung ist, wenn betroffene Personen negative Stereotypen und gesellschaftliche Abwertungen internalisieren und unbewusst selbst daran glauben (Fanon, 2008, Xidias, 2017) Geflüchtete Personen oder Menschen mit Migrationsbiografie denken, dass sie selbst nicht gut genug sind für politische Partizipation oder Mitbestimmung, wie Person H. das schildert:

> *"Wenn du eine geflüchtete Person bist, oder wenn du Migrant bist, wegen dieser Abwertung, dann fängst du auch an dich selbst abzuwerten."*

Gesellschaftliche Vorstellungen über geflüchtete Personen oder Migrant:innen, die öffentlichen Diskurse über sie sowie ihre alltäglichen Erfahrungen wirken sich nur direkt auf Zielgruppe dieser Studie aus. Sie prägen auch indirekt das Selbstbild der Befragten und kann sich auch als Ängste, Selbstzweifel oder in Formen der Selbstabwertung zeigen und zeigt somit, dass politische Partizipation mit vielen Aspekten des Lebens verschränkt ist.

5. Conclusio

Diese Studie versteht sich als ein Versuch, aufbauend auf den Ergebnissen der Studien aus den letzten Jahren, das Zusammenspiel von Diskriminierung und politischem Partizipationsverhalten von Menschen mit Flucht- und Migrationsbiografie in Wien zu beleuchten. Ziel dieser Studie ist, die Herausforderungen mehrperspektivisch zu beleuchten und aufzuzeigen, dass politische Beteiligung in engem Zusammenhang mit Zugehörigkeit, Anerkennung und Zugang steht. Die Schilderungen zeigen, dass strukturelle Faktoren einen wesentlichen Einfluss auf die politische Partizipation haben und sich unterschiedlich zeigen.

Identität und Zugehörigkeit stellen eine zentrale Dimension politischer Teilhabe dar und zeigen, dass ein mangelndes Zugehörigkeitsgefühl das Vertrauen in politische Institution schwächen und politische Partizipation erschweren kann. Dabei ist es wichtig, Zugehörigkeit als dynamischen Prozess zu verstehen, der sich je nach Situation und politische Lage ändern kann. So kann eine Person, die als Kind nach Wien migriert oder geflüchtet ist, in jungen Jahren eine starke Verbundenheit mit dem Ankunftsland empfinden, die sich jedoch im Laufe der Zeit durch öffentliche Diskurse oder politische Debatten in ein Gefühl der Entfremdung wandeln kann.

Politische Partizipation setzt daher nicht nur formale Zugänge, sondern auch die Möglichkeit realer Mitbestimmung voraus. Menschen beteiligen sich insbesondere dann aktiv, wenn sie Selbstwirksamkeit erleben und sich von politischen Akteur:innen angesprochen fühlen und selbst als politische Subjekte verstehen. Staatsbürgerschaft, Botschaften von Politiker:innen und das Gefühl, mitentscheiden zu können sind Signale, die Teilhabe begünstigen.

Zentrale Themen stellten die Debatte um Staatsbürgerschaft und mangelnde politische Repräsentation dar und zeigten, dass sie eine starke Signalwirkung auf die Teilhabe haben. Die Schilderungen der Befragten zeigen, dass ein hohes Interesse an Mitbestimmung besteht, wenn Prozesse als zugänglich erlebt werden.

Gleichzeitig zeigen sich Herausforderungen, insbesondere dort, wo intersektionale Barrieren die Beteiligung erschweren. Dazu zählen prekäre Lebenssituation, sprachliche Barrieren sowie fehlende zeitliche und finanzielle Ressourcen (vgl. Storz, Mayr 2025). Solange die Grundbedürfnisse und das Gefühl der Sicherheit nicht gegeben sind, wird politische Partizipation als etwas kaum Zugängliches erlebt.

Zusätzlich wirken Diskriminierungserfahrungen auf individueller Ebene im Alltag sowie auf struktureller Ebene, etwa durch politische Diskurse, die ein Gefühl des “Nicht-Dazugehörens” vermitteln und Ambivalenz gegenüber politischer Teilhabe erzeugen. Diese haben Einfluss auf die

Wahrnehmung der Befragten, die in ihrem Engagement zurückhaltender agieren, aus Angst kriminalisiert zu werden oder durch kritische Positionen als ungewollte “Ausländer” stigmatisiert zu werden (vgl. Gosteli & Türe, 2025).

6. Handlungsempfehlungen

Folgende Handlungsempfehlungen erachten wir als wesentlich, um politische Teilhabe von Menschen mit Flucht- und Migrationsbiografie zu stärken:

- **Politische Bildung und Empowerment gezielt stärken**

Politische Bildungsarbeit sollte sowohl in schulischen als auch in außerschulischen Kontexten ausgebaut und explizit auf (junge) Menschen mit Flucht- und Migrationsgeschichte ausgerichtet werden. Dabei ist ein Empowerment-Ansatz zentral, der Wissen über Rechte, Beteiligungsmöglichkeiten und demokratische Prozesse vermittelt und politische Teilhabe als legitim und erreichbar erfahrbar macht. Dafür bedarf es einer nachhaltigen finanziellen Unterstützung zivilgesellschaftlicher Akteur:innen, die zielgruppengerechten Angebote entwickeln und unterschiedliche Lebensrealitäten berücksichtigen.

- **Niederschwellige und lebensweltnahe Beteiligungsformate ausbauen**

Politische Teilhabeangebote müssen stärker an den konkreten Lebensrealitäten von Menschen mit Flucht- und Migrationsgeschichte anknüpfen. Beteiligungsformate sollten zeitlich flexibel, lokal verankert und mehrsprachig gestaltet sein sowie Aspekte der Kinderbetreuung und informelle Zugänge berücksichtigen. Nicht-formale, communitybasierte und inklusive Beteiligungsräume sind besonders geeignet, um erste politische Selbstwirksamkeit zu ermöglichen. Die Studie “Inclusive Districts” hat gezeigt, dass nicht-formale Beteiligungsformate eine zentrale Rolle für Menschen mit Fluchtgeschichte einnehmen (vgl. Braun & Spöri, 2024).

- **Zugang zur Staatsbürgerschaft und Wahlen erleichtern**

Die fehlende Staatsbürgerschaft stellt eine zentrale strukturelle Barriere politischer Partizipation dar. Eine Senkung von Einbürgerungshürden, transparente Verfahren sowie verkürzte Wartezeiten sind notwendig. Darüber hinaus bedarf es einer Reform des Wahlrechts. Parallel dazu sollten kommunale Mitbestimmungsrechte für Nicht-Staatsbürger:innen (z. B. auf Bezirks- oder Gemeindeebene) gestärkt werden, um demokratische Exklusion zu reduzieren.

- **Antirassismus- und Antidiskriminierungsarbeit strukturell verankern**

Diskriminierungserfahrungen wirken sich direkt und indirekt hemmend auf politische Teilhabe aus. Daher braucht es eine konsequente Stärkung von Antirassismus- und Antidiskriminierungsarbeit auf institutioneller Ebene. Zivilgesellschaftliche Beratungsstellen, Gleichbehandlungsstellen und Monitoringmechanismen müssen langfristig finanziert und öffentlich sichtbarer gemacht werden.

- **Repräsentation und Vorbilder in der Politik fördern**

Die Sichtbarkeit von Menschen mit Flucht- und Migrationsgeschichte in politischen Ämtern hat eine hohe symbolische und empowernde Wirkung. Parteien und Institutionen sollten gezielt Maßnahmen zur Förderung unterrepräsentierter Gruppen ergreifen, etwa durch Mentoringprogramme, Nachwuchsförderung und Diversitätsstrategien innerhalb politischer Organisationen.

- **Psychosoziale Stabilität und Zeit als Voraussetzung politischer Inklusion anerkennen**

Politische Teilhabe erfordert psychosoziale Sicherheit, stabile Lebensverhältnisse und zeitliche Ressourcen. Menschen mit Flucht- und Migrationsgeschichte benötigen Raum und Zeit, um anzukommen, Vertrauen aufzubauen und Zugehörigkeit zu entwickeln. Unsichere Aufenthaltsstatus, Diskriminierung und existenzielle Belastungen erschweren politische Beteiligung erheblich. Politische Inklusionsstrategien sollten daher psychosoziale Unterstützung sowie realistische Zeiträume für Teilhabe systematisch berücksichtigen.

- **Menschen mit Flucht- und Migrationsgeschichte aktiv einbinden:**

Über alle Empfehlungen hinweg gilt: Menschen mit Flucht- und Migrationsgeschichte sollten nicht nur als Zielgruppe oder Betroffene adressiert werden, sondern als Expert:innen ihrer Lebensrealitäten aktiv in politische Prozesse, Forschung, Partizipationsformate und Entscheidungsstrukturen eingebunden werden. Ihre Perspektiven sind zentral für die Entwicklung wirksamer, bedarfsgerechter Maßnahmen.

7. Quellen

Braun, K., Spöri, T., Doos, P., & Mohamud, M. (2021). Politische Partizipation von Geflüchteten: Möglichkeiten und Hindernisse der politischen Beteiligung von Geflüchteten in Wien.

Braun, K., Spöri, T. (2024). Inclusive Districts of Democracy.

Fanon, F. (with Philcox, R., & Appiah, K. A.). (2008). *Black Skin, White Masks*. Grove/Atlantic, Incorporated.

Adefio-Gosteli, D. & Türe, Ü.-S. (2025). *Antimuslimischen Rassismus intersektional bearbeiten: Queer-feministische Ansätze für eine antirassistische Beratungspraxis*. In: Saase, Sabrina & Namdiero-Walsh, Audrey & Schlör, Sophia & Dücker, Kira [Hrsg.] Intersektionalität in Therapie und Beratung, Baden-Baden: Nomos, 2025. https://doi.org/10.5771/9783748940104

Dawson, M. C. (2020). *Behind the Mule: Race and Class in African-American Politics*. Princeton University Press. https://doi.org/10.2307/j.ctvzxx9d4

Modood, T. (Hrsg.). (2010). *Multiculturalism, muslims and citizenship: A European approach* (Transferred to digital print). Routledge.

Stadt Wien. (2023). 6. Integrations- und Diversitätsmonitor der Stadt Wien.

Steele, C. M., & Aronson, J. (1995). Stereotype threat and the intellectual test perfor mance of African Americans. Journal of Personality and Social Psychology, 69(5), 797–811. https://doi.Schüttorg/10.1037/0022-3514.69.5.797

Storz, N. & Mayr, L. 2025: Jung und vielfältig, aber noch nicht politisch beteiligt? Wege zu mehr Partizipation für junge Menschen mit Zuwanderungsgeschichte. SVR-Studie 2025-1, Berlin. https://www.svr-migration.de/wp-content/uploads/2025/03/SVR-Studie_YoungUP_barrierefrei.pdf

von Unger, H. (2014): Partizipative Forschung. Einführung in die Forschungspraxis. Springer VS Verlag, Wiesbaden.

Xidias, J. (2017). *An analysis of W.E.B. Du Bois's The souls of Black folk*. Routledge, Taylor and Francis.